

Keine Schwedische Intervention in Finnland.

Stockholm, 20. Februar. (Meldung des Svenska Tägbladet.) Ministerpräsident E. S. Benson beantwortete in der zweiten Kammer eine Interpellation des linkssozialistischen Reichstagsmitgliedes Wennerström über die Stellung der Regierung zur Interventionsfrage in Finnland, sowie der Durch- und Ausfuhr von Waffen. Er erklärte, die Regierung begehe keinerlei Politik, eine bewaffnete Intervention zu unterstützen, falls das Recht und die Interessen Schwedens nicht Kränkungen ausgesetzt seien, die dazu nöthigen. Die schwedische Regierung habe nicht die Absicht, das bestehende Verbot gegen die Durch- und Ausfuhr von Waffen aufzuheben oder zu ändern. Die Regierung könne die Bildung von bewaffneten Corps aus schwedischen Boden nicht gestatten, aber Privatleute hätten die Erlaubnis erhalten, als Freiwillige in finnische Dienste einzutreten.

W.B. Stockholm, 21. Februar. Meldung des Svenska T. B. Der finnische Gesandte Gelpenberg hat eine Preisredeung zufolge getreten an die schwedische Regierung die Bitte gerichtet, Schweden möge in Finnland eingreifen. Das Gerücht, daß auch der englische und der französische Gesandte im Namen ihrer Regierungen die schwedische Regierung aufgefordert hätten, Finnland zu Hilfe zu kommen, wurde vom Ministerpräsidenten in der gestrigen Abend Sitzung der Kammer in bestimmter Weise für unrichtig erklärt.

Große Tage im Reichstage.

T. U. Berlin, 21. Februar. Nach der „B. Z.“ wird am Montag (sonst der Reichstanzler Graf Hertling, wie auch der Vizekanzler v. Payer im Reichstage das Wort ergreifen. Der Reichstanzler wird zur ausserordentlichen Politik sprechen, und man darf wohl an diesem Tage eine große programmatische Rede erwarten. Payer wird sich mit innespolitischen Fragen befassen, und man geht kaum fehl in der Annahme, daß auch die Frage des preussischen Wahlrechts in seiner Rede eine wichtige Rolle spielen wird. Der Dienstag dürfte im Reichstage sitzungsfrei gelassen werden, um den Fraktionen Gelegenheit zu Besprechungen und zur Fassung von Entschlüssen zu geben.

Ausland.

Der österreichische Ernennungsmittler zurückgetreten?

Wien, 21. Februar. Die Abendblätter bringen die bisher nicht bestätigte Meldung, daß der Leiter des Amtes für Ernennungsmittler, Minister Generalmajor v. Hofer, aus Gesundheitsrücksichten seine Demission gegeben habe. Als Nachfolger wird der Vertreter der österreichisch-ungarischen Armee in der rumänischen Erntekommission Generalmajor v. Sandler genannt.

Kunst und Wissenschaft.

Wien, 21. Februar. Aus Wien wird gemeldet: Wenige Tage nach Gustav Klimt ist nun einer seiner neuesten Anhänger ein erfolgreiches Schüler, Wilhelm Hilt, 34 Jahre alt, unversehrt einem Lungenleiden erlegen. Als Klimt 1905 aus der Wiener Erbschaft ausstieg, folgte ihm 16 Gesellenslisten, unter ihnen auch Hilt, die sich zur im. Altsumme vereinigen. Hilt, ein geborener Wiener, wirkte vornehmlich als Maler. „Mutterliebe“ ist wohl sein reifstes Werk. Er arbeitete auch plastisch, und der hiesige Bleisatz an Klinger's Buchstaben stammt von seiner Hand.

Jarvis neueste Operette „Jungfer Sonnenstein“ fand in der Hamburger Hofoper über dieblich erfolgreiche Aufführung.

Schauführung von Friedrich Schreder's „Sünderin“. Aus Leipzig wird uns geschrieben: Friedrich Schreder's „Sünderin“ hatte bei der Eröffnung im Altona Theater in Leipzig großen Erfolg. Der Dichter wurde nach dem 3. und 5. Akt mehrfach gerufen. Die Kräfte des Leipziger Theaters waren eifrig bemüht, dem Drama, das ohne große äußere Geschwülste die Handlung der Maria Magdalena von der Sünderin zur Heiligen darstellt, eine würdige Bühnengestaltung zu geben. R. C.

Literarisches.

Die letzten erschienenen Nr. 47 des „Simplicissimus“ enthält u. a. folgende Zeichnungen: „Streit und Friede“ von Th. H. Seine, „Krochit der Wollentler“ und „Nar-Althen“ von Karl Arnold, „Vater und Sohn“ von D. Gulbranson. Tüchtig ist die „Lammer“ ausgestattet mit einer „Eltze“. „Die Teufels“ von Emanuel, ferner mit einem Gedichte: „Generalität“ von Peter Schöberl und „Der Boer“ von Katalist. Dann folgen vier Beiträge: „Wagner und Sündenbaur“, „Berliner Jugend“ von —, „Kriegsmittelschiff“ und „Erläutigte Streitgespräche“, sowie vier Beiträge unter „Recher Simplicissimus“ und „Som Lage“.

Vermischtes.

Der falsche Getreidekommissar. In diesen Tagen bereite die Däcker im Kreise Johannitz eine Kommission, um die Getreideverhältnisse festzustellen. Das hat sich ein Schwundler zunutze gemacht. Nach dem die Kommission die Drischfaher betrat, hat ein Mann in verschiedenen Dörfern bei den Besitzern die Vorräte aufgeschrieben. Er versprach, es besonders gut zu machen und ließ sich dafür Speck und Butter von den Besitzern geben. In einem Dorf bei Wialla foli sich der große Schwundler auch als Getreidevernehmer ausgegeben und große Geldbeträge erlösbereitet haben.

Aufwendliche Beweise. Wie konnten Sie sich eine Photographie meines Mandanten Polo im Gespräch mit dem deutschen Botschafter Bernstorff verschaffen? fragte der Verteidiger Polo eines Berliner Zeitungsbüro. — Ach, sagte der, ganz einfach durch einen der üblichen photographischen Tricks: lieblich von der Fabrikation der deutschen Ozeanisten her.

Die weitere Arbeit des Wahlrechts-Ausschusses.

Technische Fragen. — Der Kampf um die Verhältniswahl. — Proporz für den ganzen Staat oder nur für einzelne Bezirke?

In der weiteren Beratung des Wahlrechts-Ausschusses äußert die Regierung Bedenken gegen die konervative Anregung, daß händige Wahlkreise angelegt werden sollen, da hierdurch die Gemeindegrenzen zu sehr belastet würden. Ein Freiheitskämpfer der Reichstagsversammlung äußert sich für händige Wahlkreise aus: Sie würden die Majoritätsgewalt abführen und das Bestreben von Wählermajoren im letzten Augenblick unmöglich machen.

Ein Fortschrittler verlangt für den Fall der Einführung händiger Wahlkreise eine Bestimmung im Gesetz, daß die Wahlen erst einen bestimmten Zeitraum nach ihrer Antündigung stattfinden dürfen, damit alle Parteien sich entsprechend vorbereiten können.

Der Sozialdemokrat verweist die händigen Wahlkreise, die die künftigen Elemente ihres Wahlrechts beruhen würden.

Auch ein Nationalliberaler und ein Zentrumredner sprechen gegen händige Wahlkreise, und ein Ministerdirektor erzählt aus langjähriger Praxis, daß er bei seinen zahlreichen Missionen niemals eine richtig aufgestellte Gemeindegrenze gefunden habe.

Die Frage wird dem Unterausschuß überwiesen.

Darauf werden die §§ 5-14, welche wahltechnische Einzelheiten enthalten und die direkte Wahl an Stelle der bisherigen indirekten festlegen, angenommen. Eine Aenderung erhebt nur der § 14 durch einen nationalliberalen Zusatzantrag, daß jeder Wähler jedoch Stimmzettel abzugeben hat, wie ihn Einnamen aufweisen. Abgelehnt wird ein zu § 10 gestellter fortschrittlicher Antrag, wonach zur Wahlbarkeit auch Kreise bis einschließlicher Staatsangehörigkeit dafür fordere. Im Laufe der Debatte erklärte der Minister des Innern, daß die Regierung als

Gegenüber des Ruralwahlrechts

keine weitere Beratung habe, Antrag zu stellen, sie sei überbereitet, Auslastung zu geben, in der ferner die Regierung den gestrigen Ausschusses gesetzgeberische Vorschläge überbereitet sind.

Ein nationalliberaler Antrag, wonach an der Bewegung zurückhaltende kriegsbedingte Wähler an Orten der Gemeinde in das Wahllokal zu befördern sind, wird dem Unterausschuß überwiesen.

Frage des Verhältniswahlrechts

beipflichten. Ein fortschrittlicher Antrag will, wenn mehr als 200 000 Einwohner auf einen Abgeordneten kommen, für jeden weiteren angehenden 100 000 Einwohner ein neues Mandat schaffen. Für Berlin mit 20 Abgeordneten, für die Regierungsbetriebe, in Wien mit 19, Stomberg mit 10 und Marienweide mit 13 Abgeordneten, sowie in 25 weiteren großstädtlichen oder hochindustriellen Wahlkreisen soll die Verhältniswahl eingeführt werden, und zwar entsprechend den im Reich geltenden Proporzbestimmungen.

Ein nationalliberaler Antrag will die Verhältniswahl für alle Wahlbezirke mit mehr als zwei Abgeordneten und für gemeinschaftliche Wahlbezirke einführen, sofern mehr als ein Abgeordneter zu wählen ist. Für die letzten Wahlbezirke soll den der sonstigen Verordnungen überlassen bleiben. Als ein Mitspracherecht gibt ein Wahlbezirk, wenn nach dem Ergebnis der letzten Volkszählung wenigstens ein Fünftel der Bevölkerung nicht deutsch ist.

Wetroler Fund auf dem Palatin. Wie aus Rom gemeldet wird, ist bei den Ausgrabungen auf dem Palatin, die von Giacomo Boni geleitet werden, dieser Tage ein sehr schönes Werk griechischer Skulptur aus dem 5. Jahrhundert v. Chr. und ein Werk gefördert worden. Es ist eine Nike, eine Siegesgöttin aus pentelischer Marmor von 85 Zentimeter Höhe, deren Haltung und Stellung an die berühmte Nike des British Museum in London erinnert.

Letzte Depeschen.

Der russische Admiral Koltshak in amerikanischen Diensten.

Petersburg, 22. Februar. Der frühere Kommandant der russischen Schwärzmeerflotte, Admiral Koltshak, befindet sich, den russischen Blättern zufolge, in San Francisco, wo er sich sehr wichtig an der Ausrüstung und Organisation der amerikanischen Flotte beteiligt. Der Admiral hat Russland gleich nach dem Ausbruch der bolschewistischen Revolution in Sebastopol verlassen. Vor seiner damaligen Verhaftung hat er sein mit dem Georgs-Orden geschmücktes Schwert ins Meer geworfen. Die Nachricht, daß er in Amerika zum Führer eines Teiles der Kampftruppe ernannt worden sei, wird dementsprechend, da gegen steht, daß er in der Verwaltung arbeite. Dank seiner Rückkehr ist ein großer russischer Marine-Offiziersregiment, in die amerikanische Flotte eingetreten.

Bränd und Painlevé vor Gericht.

Basel, 22. Febr. (Eigene Praha-Nachricht.) Nach Meldungen aus Paris sind die früheren Minister Bränd und Painlevé auf Geheiß der Anklage zu kommendem Dienstag in einer gerichtlichen Vernehmung geladen worden, wie man glaubt, wahrscheinlich wegen der Caillaud-Affäre. Es ist offenkundig aufgefallen, daß beide Politiker an den letzten Kammereröffnungen nicht teilgenommen und auch in der Presse in keiner Weise heroortraten.

Mutterprüfung spricht. Der Antrag ragelt im übrigen die Durchführung des Verhältniswahlrechts und gehärtet auf die Verbindung von Verhältnislisten.

Der nationalliberale Antrag wird durch begründet, daß auch die Winderheiten vertreten sein müssen. Das Verhältniswahlrecht habe allerdings den Nachteil, das Volk nicht zu verteidigen; man könne direkt oder auf indirekte Weise wählen nicht auf den ganzen Staat oder auf größere Gebiete ausdehnen. Aber für die gemeinschaftlichen Landesteile und für die dortige Partei des Wahlrechts sei es erforderlich.

Ein Fortschrittler führt aus, daß seine Fraktion geteilter Meinung darüber sei, ob der Proporz für den ganzen Staat eingeführt werden solle. Es gebe Fälle, daß in anderen Kreisen ein Ausgleich dafür eintritt, besonders bei den großen Industriekonzernen und gemeinschaftlichen Gebieten der Fall. Was das System anlangt, so müsse man sich an die neue Verfassungsvorlage anlehnen.

Minister des Innern Dr. Drews: Die Gründe für die Verhältniswahl haben ebenfalls ein bedeutendes Gewicht, die Regierung dürfe nicht lein, sich ihnen anzuschließen. Zweckmäßig wird das Volk sich im Reich anzuwenden sein. Angeordnet erfolgte die Verhältniswahl dort, wo es sich um sehr dichtbesiedelte Wahlkreise

handelt, um so erhebliche Winderheiten, daß sie unter normalen Verhältnissen allein einen Abgeordneten wählen dürften. Diese Kreise müssen in der Regel aufgeschlüsselt werden. Für die gemeinschaftlichen Gebiete erfolgt die Verhältniswahl besonders angeeignet.

Ein Konservativer betont, daß keine Partei die allerhöchsten Interessen gegen das Verhältniswahlrecht habe.

Ein Zentrumredner hat gleichfalls sehr große Bedenken, obwohl er den Anspruch anderer Winderheiten auf eine Vertretung nicht verneint. Ein anderer Zentrumredner beruft sich darauf, daß das Zentrum im Reichstage eine Verhältniswahl über die jetzige eingeschränkte Verträge hinaus ablehne.

Der Sozialdemokrat würde das Verhältniswahlrecht für ganz Preußen begrüßen, die vorliegenden Anträge seien aber unannehmliche Ausnahmeregeln gegen die Polen.

Dem stimmt ein Parteizugehöriger nicht zu, ein Konservativer spricht sich dem Konservativen an. Ein Fortschrittler erklärt, der Antrag seiner Partei sei kein Ausnahmeregeln gegen die Polen, sondern nur von sachlichen Gesichtspunkten ausgehend. Ein Nationalliberaler erklärt, daß seine Fraktion den Proporz für ganz Preußen dadurch für möglich, daß für Verfassungs- und Wahlrechtsänderungen eine qualifizierte Mehrheit vorgeschrieben würde.

Die Anträge gehen an den Unterausschuß, der auch die Wahlkreisfrage vorbereiten soll.

Damit sind die Arbeiten des Verfassungs-ausschusses vorläufig zu Ende. Je nach dem Stande der Arbeiten des Unterausschusses wird die nächste Sitzung einberufen werden. Zu der kommenden Woche tritt bekanntlich das Plenum des Abgeordnetenhauses wieder zusammen.

Feindliche Flieger über der Pfalz.

Karlsruhe, 22. Febr. (Eigene Praha-Nachricht.) Über das Pfälzische Gebiet sind nach amtlichen Mitteilungen zwischen den feindlichen Fliegern eine Anzahl Bomben abgeworfen worden.

(Letzte Depeschen siehe auch Seite 1.)

Wasserstände.

Ort	20. Febr.	21. Febr.	22. Febr.
Stiersee	+2.2	+2.2	—
Stiersee	+1.68	+1.64	—
Stiersee	+2.34	+2.32	—
Stiersee	+0.84	+0.70	—
Stiersee	+1.9	+1.82	—
Stiersee	+2.3	+2.2	—
Stiersee	+2.3	+2.3	—
Stiersee	+1.8	+1.74	—
Stiersee	+1.85	+1.50	—
Stiersee	+1.9	+1.69	—
Stiersee	+1.9	+1.21	—

Halleher Wasserbericht.

Ort	21. Februar	22. Februar
Wasserstand	758	759
Wasserstand	3	2
Wasserstand	65	30
Wasserstand	236	236

Maximum der Temperatur am 21. Febr. 5.9 C.
Minimum in der Nacht vom 21. Febr. zum 22. Febr. 0.9 C.
Wasserstand am 22. Febr. 7 Uhr morgens: 0.0 mm.

Als Jubiläumsgeschenke eignen sich am besten die von der Deutschen Reichspost herausgegebenen Briefmarken, die zum Jubiläum der Reichspost ausgeben werden.

Gustav Uhlig, Unter-Verleger.

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helmig; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gerichte, Sonstige: Eugen Brunnmann; Beilagen, Unterhaltungsblatt, Vermischtes usw.: Dr. Karl Beyer; für den Anzeigen-Teil: Hugo Franke, Druck und Verlag von Otto Seibel.



